

Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

betreffend Einführung Baselbieter Notfall-App, denn jede Sekunde zählt

2017/340

vom 26. Juni 2019

1. Ausgangslage

Mit dem Postulat 2017/340 von Landrat Markus Dudler wurde der Regierungsrat eingeladen, «ein Projekt zur Entwicklung und Einführung einer Baselbieter Notfall-App zu starten und eine Grundversion der Bevölkerung sowie eine interne Version für Schulen und Verwaltung zur Verfügung zu stellen». Mit der Notfall-App des Kantons, so schreibt der Postulant, «soll jeder jederzeit die wichtigsten Informationen und Telefonnummern zur Hand haben, um in akuten Notfallsituationen handeln zu können». Vorbild für diese App ist ein entsprechendes Tool der Stadt Zürich.

Der Regierungsrat zeigt sich in seinen Ausführungen skeptisch gegenüber dem Anliegen. Er verweist auf funktionierende Notfallkommunikationen, die nicht zuletzt an den Schulen bestehen und auch beübt werden. Ausserdem gebe es bereits ein grosses Angebot an kostenlosen Apps. Darum müsse man genau fragen, welchen Mehrwert eine Baselbieter Notfall-App schaffen könnte.

Bilanzierend stellt der Regierungsrat fest, «dass mit [Alertswiss](#) eine App zur Alarmierung, Warnung und Information der Bevölkerung zur Verfügung steht», die «unterschiedliche Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer» abdecken kann. Und: «In Kombination mit den bestehenden Notfallplänen und den Schulungen sowie den spezifischen Apps einzelner Schulen stehen auf die Bedürfnisse einzelner Krisenorganisationen angepasste und funktionierende Alarmierungs-, Warnungs- und Informationsmöglichkeiten (...) zur Verfügung.» Die Nutzung der vorhandenen Kanäle bzw. von neuen Apps solle zudem noch weiter optimiert werden. Eine Eigenentwicklung des Kantons Basel-Landschaft, so heisst es abschliessend, mache unter diesen Umständen «keinen Sinn».

Der Regierungsrat beantragt die Abschreibung des Postulats.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Kommission hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 17. Juni 2019 beraten, dies in Anwesenheit von Sicherheitsdirektor Isaac Reber und SID-Generalsekretär Stephan Mathis. Katrin Bartels, stellvertretende Generalsekretärin der SID, hat die Vorlage präsentiert.

2.2. Eintreten

Eintreten ist unbestritten.

2.3. Detailberatung

Die Kommission ist den Argumenten der Sicherheitsdirektion im Kern gefolgt – mit Blick auf die vorhandenen Kanäle wurde damit auch keine Notwendigkeit erkannt, eine eigene Kantons-App zu entwickeln. In diesem Zusammenhang wurde namentlich festgestellt, dass mit Swissalert ein erprobter Kanal besteht, der von den Baselbieter Userinnen und Usern kantonsspezifisch konfigu-

riert werden kann und gegebenenfalls vom Amt für Militär und Bevölkerungsschutz mit konkreten Inhalten bespielt wird.

Mehrere Votanten betonten aber, wie wichtig es sei, dass die von den Behörden bespielten Apps wie auch die Notfallpläne, welche in Krisensituationen die Basis des Handelns bilden, immer aktuell gehalten werden – und dass die Planungen auch regelmässig auf ihre praktische Tauglichkeit hin überprüft werden. Dafür müssten die nötigen Ressourcen bereit stehen.

Es wurde auch davor gewarnt, dass eine zu grosse Zahl an Notfall-Apps der Sache nicht dienlich sei, sondern in einer hektischen Notfallsituation eher Verwirrung schaffen dürfte.

Es sei auch zwischen Alarmierungen, die eine unmittelbare Reaktion nötig machten, und Informationen ohne unmittelbaren Handlungszwang zu unterscheiden. Für die weniger dringlichen Informationen brauche es nicht unbedingt Kanäle, die eine sofortige Benachrichtigung beinhalteten. Eine Koordination der Informationen und Kanäle von Kanton und Gemeinden (etwa zur Frage, was z.B. im Fall einer lange anhaltenden Trockenheit vorzukehren ist) sei aber wünschenswert.

Weiter wurde darauf verwiesen, dass in Notfallsituationen generell über die Telefonnummer 112 Hilfe angefordert werden könne.

3. Beschluss der Kommission

://: Die Kommission beschliesst mit 13:0 Stimmen, das Postulat abzuschreiben.

26.06.2019 / gs

Justiz- und Sicherheitskommission

Andreas Dürr, Präsident

Beilagen

keine